

Morworts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Baldwin am Scheideweg.

London, 14. Juni. (W.B.) „Daily Herald“ schreibt, Poincaré behandelte Baldwin ebenso wie er Lloyd George in Boulogne am Vorabend der Genuefer Konferenz behandelt habe. Lloyd George habe damals kapituliert; er habe seine Politik den Forderungen Poincarés angepaßt und so jede Hoffnung auf eine Regelung zum Scheitern gebracht. Was werde Baldwin tun? Die Entscheidung der westeuropäischen Politik während der nächsten Jahre hänge von dieser Entscheidung ab.

London, 14. Juni. (W.B.) Laut „Times“ legte die britische Regierung gestern ihre Untersuchung über die zunächstliegenden Möglichkeiten der sehr heißen europäischen Lage fort. Die in der letzten französischen Note gemachten Vorschläge wurden sorgfältig in allen Auswirkungen erwoogen und zugleich wurden die belgischen Vorschläge für eine Regelung des wirtschaftlichen und finanziellen Problems der Reparationen im Zusammenhang mit den deutschen und auch den britischen Plänen geprüft. Für den Augenblick siehe jedoch die politische Seite der Lage im Vordergrund. Jeder Versuch werde unternommen, um eine

enge freundschaftliche Fühlung mit Frankreich

aufrechtzuerhalten, und das Hauptziel sei, eine Übereinkunft in dem Maße zu erreichen, daß eine alliierte Konferenz, wenigstens vorläufigen Charakters, sobald wie möglich stattfinden könne. Zu diesem Zwecke sei weiterhin eine Klärung des Terrains und eine Befestigung von Möglichkeiten zu Verständnissen auf dem Wege engerer Beratungen nötig. Gestern abend sei ein

Memorandum an den französischen Botschafter

gesandt worden, worin um genaue Informationen über gewisse in der französischen Note aufgeworfene Punkte ersucht wird. „Times“ erklärt: „Es kann als sicher angenommen werden, daß die britische Regierung es weder für möglich noch für wünschenswert hält, bei der deutschen Regierung die Notwendigkeit einer Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet anzuregen. Die Hauptfrage ist, den Erfolg der friedlichen Verhandlungen über das Wirtschaftsproblemm zu sichern. Das Maß der politischen Aktion muß in der Hauptsache durch die dringend notwendige Förderung dieser Ziele bestimmt werden.“ Möglicherweise werde mit Hilfe neuer Vorschläge ein Ausweg aus der gegenwärtigen Schwierigkeit erfindet werden, wodurch das Ziel allgemainer Verhandlungen erreicht werden kann.

Der gut unterrichtete diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ erklärt: Die Aussicht, daß die britische Regierung den Deutschen anraten wird, den passiven Widerstand bedingungslos aufzugeben, liegt so fern, daß sie nicht ernstlich erwogen zu werden braucht. Es besteht nicht die geringste Wahrscheinlichkeit, daß Baldwin sich zu dem französischen Vorschlag bereit erklärt, daß die Erörterungen wieder aufgenommen werden sollen auf der Grundlage eines Planes, welcher so gut wie identisch ist mit dem französischen Plan, der von Bonar Law mit gutem Grund im Januar verworfen wurde.

Das englische Memorandum.

Paris, 14. Juni. (U.) Die diplomatischen Besprechungen zwischen Paris und London dauern fort. Gestern spät abends hat der englische Premierminister dem französischen Botschafter durch das Foreign Office einen ausführlichen Fragebogen zugestellt, in dem Frankreich und Belgien um genaue Angaben hinsichtlich der Einstellung des passiven Widerstandes, die von Deutschland gefordert werde, ersucht werden. Ferner wird an die Mächte die Bitte ausgesprochen, genau anzugeben, wie sie, das Ende des passiven Widerstandes angenommen, die schrittweise Rückumkehr nach Maßgabe der erfolgten Zahlungen auffassen.

Dieses Dokument, so erklärt der „Pest Parisien“ heute früh, lasse erkennen, in welcher Richtung England einen Vergleich suche. Es dürfe nicht als diplomatische Note bewertet werden, in der die englische Politik in festen Umrissen zum Ausdruck komme. Die Unterhaltung zwischen den beiden Kabinetten und wahrscheinlich auch zwischen den übrigen Verbündeten werde auf distretem Wege durch Vermittlung der Kanzleien bis zu dem Augenblick fortgesetzt, wo die jetzt noch auseinandergehenden Standpunkte einander nähergebracht werden. In diesem Zusammenhang erwähnt der „Pest Parisien“, daß gewisse der Regierung besonders nahestehende Londoner Kreise sich gestern über die Möglichkeit einer baldigen Begegnung zwischen Baldwin und Poincaré ausgelassen haben.

Dazu schreibt der Londoner Korrespondent des „Echo de Paris“, er könne aus bester Quelle versichern, daß man gestern abend in Londoner offiziellen Kreisen dem englischen Premierminister in sehr dringender Weise nahelegte, so schnell wie möglich die Zusammenkunft mit Poincaré herbeizuführen. Es ist daher sehr wohl möglich, daß die schon vor einiger Zeit angekündigte Begegnung zwischen dem englischen und dem französischen Ministerpräsidenten zustande kommt.

Noch keine englisch-französische Einigung.

London, 14. Juni. (W.B.) Dem parlamentarischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge besteht augenblicklich wenig Aussicht auf eine unmittelbare britische Regierungserklärung im Parlament. Die Verschiedenheit der Ansichten beider Regierungen seien in einigen Punkten so groß, daß ein Einvernehmen so weit entfernt schiene wie je.

Sinkt Frankreich ein?

Paris, 14. Juni. (W.B.) Der halbamtliche „Pest Parisien“ schreibt zur Lage: Es scheint, daß England, ehe es Frankreich antworten wolle, wissen möchte, ob für den Fall, daß Deutschland auf den passiven Widerstand verzichte, die Franzosen und Belgier geneigt seien, die Besetzung des Ruhrgebietes auf die Ausmaße zurückzuführen, die den vor dem deutschen Widerstand vorgesehenen

Abständen nahekommen. Man könne bestätigen, daß sich die französische Regierung ihrerseits einem Meinungsaustausch, sei es über diese Frage, sei es über das gesamte Reparationsproblem, nicht entziehen werde. Irrtümlicherweise würden verschiedene Leute in Frankreich als widerpenstig in dieser Frage bezeichnet. Es werde also ein Meinungsaustausch zwischen London, Paris und Brüssel über den gesamten Komplex der Probleme, die mit der Ruhrbesetzung und der Reparationsfrage in Zusammenhang stehen, stattfinden. Man glaube jedoch, daß die Verhandlungen ausschließlich durch Vermittlung der Kanzleien, und zwar ohne Eile geführt werden müßten, und daß man für den Augenblick keine Konferenz einberufen dürfe, auch keine einfache Sachverständigenkonferenz. Es sei insgedessen zweifelhaft, ob die Verhandlungen rasch zu einem Ergebnis führen würden.

Sinter den Kulissen der Diplomatie.

Paris, 14. Juni. (W.B.) „Eco Nouvelle“ gibt unter Vorbehalt über den Verlauf der Verhandlungen mit der englischen Regierung folgende Aufklärung: Der König der Belgier habe dem Präsidenten Millerand versprochen, Großbritannien werde, wenn er (Millerand) persönlich einwirke, eine Formel finden, die unter Respektierung der großen Linien des französischen Programms gestatten würde, eine internationale Verhandlung einzuleiten. Die von Baldwin und seinen Mitarbeitern getroffenen Dispositionen hätten es Frankreich von vornherein unmöglich gemacht, mit England zu verhandeln. Millerand habe Brüssel deshalb daran erinnert, welche Verpflichtung man ihm gegenüber übernommen habe. Zu gleicher Zeit habe er auch auf das Quai d'Orsay einen Druck ausgeübt, damit sich nichts zwischen ihm und dem Foreign Office ereigne, was nicht wieder gutgemacht werden könne. Poincaré habe den französischen Botschaftern in Brüssel und London Instruktionen übermittelt, die so gefaßt gewesen seien, daß sie glatt als vermittelnde Lösung hätten betrachtet werden können. Das Pariser Mandat habe in Verbindung mit dem belgischen Mandat Baldwin zu nützlichen Überlegungen gezwungen. Man habe die endgültigen Beschlüsse auf einen späteren Zeitpunkt vertagt und sich dazu entschlossen, jetzt miteinander zu verhandeln. Die in der letzten Nacht eingetroffenen Nachrichten hätten noch keine Mittel geteilt, um offiziell die Reparationsfrage zu lösen. Man kündige an, daß man vor Samstag oder Montag nichts erwarten könne. Eins könne man aber jetzt schon sagen, nämlich, daß in Europa niemand mehr wage, die Verantwortung für die Zerstörung der Entente zu übernehmen. Man beginne endlich in Paris zu begreifen, daß Poincaré nicht dort Erfolg haben könne, wo Napoleon Schiffbruch erlitten hätte und daß er das deutsche Problem nicht ohne England zu lösen imstande wäre. Das Blatt tritt, wie gestern, für eine große internationale Konferenz ein, damit eine normale Währung, vernünftige Grenzen des Handels und ein Finanzstatut ausgearbeitet werden könnten, um schließlich den normalen Warenaustausch wieder herbeizuführen.

Fortsetzung der belaischen Ruhrdebatte.

Brüssel, 14. Juni. (EP.) In der Kammer wurde die Diskussion über das Budget der äußeren Angelegenheiten fortgesetzt. Der Berichterstatter Fortthomme erklärte, daß die Besetzung der Ruhr das einzige Mittel sei, um die Geldfürsten, die in Deutschland den Adel ersetzt hätten, zu treffen. Die wahren Anführer des passiven Widerstandes seien die Großindustriellen. Die Kammer hörte sodann eine Rede des sozialistischen Abgeordneten Wauters an, der der französischen Regierung vorwarf, eine imperialistische Politik zu betreiben und im Rheinlande die Separationsbewegung zu unterstützen. Er schloß mit der Forderung, daß die Höhe der Reparationszahlung und der Versailler Vertrag revidiert werden müßten, was Außenminister Jaspar mit einem energischen „Niema!“ beantwortete, wobei er von den Rechten und Liberalen lebhafteste Zustimmung erhielt.

Englisch-russische Entspannung.

London, 14. Juni. (W.B.) Reuter meldet: Die britische Regierung stellt in ihrer Antwort auf die letzte russische Note mit Genugtuung fest, daß die Sowjetregierung in Zukunft jede englandfeindliche Propaganda unterlassen wird. Großbritannien verpflichte sich, den Plänen, die möglicherweise von russischen Staatsangehörigen außerhalb Rußlands gegen die Sowjetregierung geschleudert werden könnten, keine Unterstützung angedeihen zu lassen. Die Note stellt fest, daß die Sowjetregierung die wichtigsten Forderungen Englands erfüllt habe, so daß der Notenwechsel als beendet angesehen werden könne.

Immer weiter.

Während im Vormittagsverkehr mit Devisen und Effekten von allen Beteiligten eine gewisse Zurückhaltung geübt wurde, setzte an der Börse eine neue Devisenhäufung ein. Man mißt den Redungen über angebliche Klärung der französisch-englischen Beziehungen vorläufig keine große Bedeutung bei. In der ersten Börsensunde wurden Dollars mit 110-112 000, englische Pfunde mit 485 000 und holländische Gulden mit 42 000 gehandelt.

Im Effektenverkehr besteht noch immer große Nachfrage. Es ist zu berückichtigen, daß gestern beinahe die Hälfte aller Kaufordres nicht erledigt werden konnte. Bisher sind Annulierungen der Aufträge mit Rücksicht auf die hohen Kurse noch nicht in nennenswertem Umfange vorgenommen worden. Es zeigt sich vielmehr ein starker Eingang weiterer Kaufaufträge.

Der organisierte Hunger.

Zum Streik in der Hochseefischerei.

Seit dem 28. Mai ist kein deutscher Fischdampfer mehr zum Fange ausgefahren. Die Besatzungen, vom Kapitän bis zum Schiffsjungen, haben es abgelehnt, zu den von den Reedern festgesetzten neuen Bedingungen, die eine Herabsetzung ihres Einkommens enthalten, zu fahren. Die deutsche Hochseefischerei ist also durch die Profitgier der Reeder vollständig brachgelegt.

Das Reichsarbeitsministerium hat die beiden Parteien zu einer Verhandlung eingeladen, um eine Einigung zustandezubringen. Das Reichsarbeitsministerium war der ganz richtigen Auffassung, daß bei der Stilllegung solch umfangreicher und für die Volksernährung außerordentlich wichtiger Produktionsmittel die Regierung die Pflicht hat, einzugreifen. Es darf nicht vergessen werden, daß das deutsche Volk durch Hergabe von Mitteln es erst ermöglicht hat, die deutsche Fischereiflotte seit dem Kriege in einem Umfange auszubauen, der den Schiffspark beinahe doppelt so groß gestaltet hat als er vor dem Kriege war. Diese Tatsache ist von den Reedern selbst zugegeben worden, allerdings lediglich um zu beweisen, daß die Prosperität des Fischereigewerbes nicht so groß ist, um in etwas mehr als drei Jahren über 400 Fischdampfer aus eigenen Mitteln bauen zu können.

Das Reichsarbeitsministerium hatte die beiden Parteien zum 6. d. M. zu einer Besprechung nach Berlin eingeladen. Dort sind nun recht erbäuliche Dinge an den Tag gekommen, die auf die Auffassung der Regierung über ihre Pflicht, durch die zuständigen Ministerien den Produktionsprozeß und die Ernährungsmöglichkeiten des deutschen Volkes zu überwachen, ein merkwürdiges Licht werfen.

Wohl verstanden, als die Arbeitnehmer am 28. Mai es ablehnten, sich angesichts der sich überjüngenden Teuerungswelle einen Lohnabzug machen zu lassen, der ihnen als Bedingung für weitere Dienstleistungen auf den Fischdampfern vom Unternehmertum auferlegt war, da fand sich pflichtgemäß das Arbeitsministerium ein, um einen Vermittlungsweg zu finden. Wo aber war das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsernährungsministerium, als man schon monatelang vorher, seit Mitte März, einen Beschluß des Wirtschaftlichen Verbandes der Deutschen Hochseefischerei durchführte, dahingehend, die Hälfte der gesamten Fischereiflotte stillzulegen. Auf Betragen des Beraters des Reichsarbeitsministeriums gaben die Reeder zu, daß dieses allerdings geschehen sei und daß man auch die zuständigen Regierungsstellen davon unterrichtet habe. Warum dieses geschehen sei, gab man auch mit zynischer Offenheit zu: „Weil sonst zu viel Fische an den Markt kämen und dieselben dann zu billig seien.“

Die Fischdampferflotte wird zur Erwerbung guter und billiger Nahrungsmittel vom deutschen Volke erbaut und bezahlt, einem Konsortium von Unternehmern zu treuen Händen übergeben, ein Stab tüchtiger und erfahrener Kapitäne und Fischerleute steht zur Verfügung, und ausgerechnet zur Fastenzeit und nach dem auch noch die Regierung die Ausfuhr gestattet hat, legt man die Hälfte der Dampferflotte still — weil, nun weil sich die Fische für einen zu billigen Preis nicht fangen lassen wollen.

Die Rechnung ist allerdings verblüffend einfach. Wenn man einen Gegenstand rar macht, dann wird derselbe automatisch teurer. Was macht es, wenn man mit solchen Maßnahmen Tausende von Fischerleuten brotlos macht, dem schwer darbenenden Volke einen großen Teil seiner Nahrung entzieht? Der Profit ist gerettet. Das Gewerbe prosperiert glänzend, mit der halben Flotte besser als mit der ganzen. Dazu kommt die erhoffte weitere Auswirkung dieses mit solch rückwärtslosem Raffinement ausgeführten Planes:

Dadurch, daß man monatelang Tausende von Arbeitern und Angestellten brotlos macht, werden diese für die Bereitwilligkeit zur Annahme von verschlechterten Arbeitsbedingungen und der Profit wird weiter erhöht. Kommt eine Meinungsverschiedenheit dabei vor und müssen diese vor einem Schlichtungsausschuß ausgetragen werden, so kann man diesem beweisen, daß die Einkommen der Arbeitnehmer, da sie am Gewinn beteiligt, durchaus hohe sind, ein Abzug tatsächlich berechnbar wäre. Daß bei der Stilllegung der halben Flotte auch die Hälfte der Leute auf die Straße fliegt und dieses Los jeden der Mannschaften bei solchen Manipulationen einige Male im Jahre trifft, braucht ja nicht erwähnt zu werden. Und dann hat man noch so eine kleine verschlagene Idee. Nämlich, daß einige Kleinreeder es sich nicht werden leisten können, die Hälfte ihrer Produktionsmittel stillzulegen. Wie hübsch, wenn diese, die doch im Wirtschaftlichen Verband der Deutschen Hochseefischerei nicht viel zu sagen haben und doch mittels einer hohen Konventionalstrafe zugleich an dem Beschluß des Stilllegens der halben Dampferflotte haben teilnehmen müssen, dadurch in solche Schwierigkeiten geraten, daß man deren Schiffe für einen Spottpreis sich aneignen könnte.

Man sieht so ein richtig eingestelltes und gut funktionierendes kapitalistisches Gehirn versteht viele Annehmlichkeiten mit diversen Rücksichtlichkeiten äußerst praktisch zu verbinden, und in der Regierung findet sich kein Dezerat, daß diesen Schädlingen am deutschen Wirtschaftskörper ein Halt gebietet. Die Auffassung wird verbreitet, daß die Fischdampfermann-

schaffen einfach streifen, weil sie „mehr verdienen wollen“; die Arbeiter können dies nicht bezahlen, „weil die Kohlen so teuer sind“.

Die Fischdampfermannschaften hatten alle Ursache, mit dem bisherigen Tarifvertrage nicht zufrieden zu sein; sie haben aber alle Wünsche, die auf eine Verbesserung des bisherigen Zustandes hinauslaufen, zurückgestellt und dachten angesichts unserer schweren innen- und außenpolitischen Lage nicht daran, den Tarifvertrag zu kündigen. Diesen verhängnisvollen Schritt zu tun, blieb dem Unternehmertum vorbehalten. Trotz Ermahnung zur Einheitsfront des deutschen Volkes, trotz des in öffentlicher Reichstagsitzung ausgesprochenen Tadel des Reichsarbeitsministers über den beabsichtigten Lohnabbau, haben es die Unternehmer unternommen, erst monatelang dem deutschen Volke die Fische zu verteuern, Tausende Arbeitnehmer brotlos zu machen und dann noch eine Stilllegung der Fischerei hervorzurufen. Alles dies, um die oben erwähnten mannigfaltigen dunklen Ziele zu erreichen.

Wir erwarten von der Regierung nicht nur geeignete Schritte, die in gerechter Weise den Frieden im Fischereigewerbe wiederherstellen. Wir erwarten aber auch, daß dem Stand der Ausbeutung des deutschen Volkes durch profitgierige Unternehmer schleunigst ein Ende gemacht wird. Dem deutschen Volke muß der Bezug guter, nahrhafter Seefische zu erträglichem Preise ermöglicht werden. Es ist eine Lüge, daß die Fischerleute nach einem exorbitant hohen Verdienste streben; sie sind zufrieden, wenn nach Möglichkeit die ganze Fischerflotte wieder in Dienst gestellt wird. Dann wird der Preis für Seefische dank reichlicher Zufuhr einmäßiger und somit der Verdienst für alle, da sie für Projekte fahren, auch nur ein mäßiger. Sie wollen keinen hohen Verdienst auf Kosten ihrer arbeitslosen Berufskollegen und ihrer schwerarbeitenden Volksgenossen.

Phönix fliegt aus!

Sozialdemokratische Anfrage.

Genosse Dr. Herz hat im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht:

1) Ist die Reichsregierung bekannt, daß große und für die deutsche Volkswirtschaft außerordentlich wichtige Werte, wie Phönix und Seldemantel, in ausländischen Besitz übergehen sollen?

2) Ist die Reichsregierung in der Lage, die Devisenpolitik über die näheren Vorgänge aufzuklären?

Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung gegen diese Formen der Kapital- und Steuerflucht sowie gegen die Gefahren der Ueberfremdung wichtiger Teile der deutschen Volkswirtschaft zu ergreifen?

Zu dem unberechtigten Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, sie wolle deutsche Sachwerte zugunsten des Auslandes erfassen, ist das eine ganz hübsche Illustration. Die Anfrage bedarf jedoch noch einer Ergänzung; sie lautet: „Wie kann die Regierung es rechtfertigen, daß sie gerade in diesem Augenblick dem Phönix-Unternehmen auch noch gewaltige Kredite zur Verfügung stellt?“

Volkspartei gegen Deutschnationale.

Eine Abbildung.

Das offizielle Organ der Deutschen Volkspartei, die „Nationalliberale Korrespondenz“, veröffentlicht eine ungewöhnlich scharfe Erklärung gegen die „Maulwurfsarbeit“ deutschnationaler und völkischer Agitatoren, die überall erzählt, Cuno habe mit seinem Memorandum die schiefe Ebene betreten, auf die er durch die Sozialdemokratie und die Arbeitsgemeinschaft, besonders aber von Stresemann gedrängt worden sei. In längerer Ausführung wird u. a. gesagt:

Das Ueberzeugende dieser klaren und einfachen Linie „Geld statt Band“ hat jeder begriffen. Warum geben sich die Deutschnationalen jetzt dazu her, das zu zerstören, was sie selbst schon mitaufzubauen? Das tun sie nämlich, wenn sie jetzt das Vertrauen zum

Kabinet Cuno untergraben und der öffentlichen Meinung suggerieren, Cuno und sein Kabinet handle nicht mehr aus eigener Ueberzeugung, sondern habe sich von einem verderblichen Druck auf eine abschüssige und gefährliche Bahn drängen lassen. Kommt den Verbreitern dieses Gerüchtes nicht zum Bewußtsein, daß sie das Ansehen und die Autorität des Kabinetts vor dem In- und Auslande völlig diskreditieren? Was soll das Deutsche Volk von einem Reichszentraler denken, der in Münster feierlich vor der ganzen Welt erklärt, daß seine Regierung im eigenen Gewissen den stärksten Antriebe zur Fortführung der internationalen Diskussionen gefunden habe, und dem dann unter Berufung auf die führenden Persönlichkeiten der Deutschnationalen Partei der ehrenkränkende und ehrverletzende Vorwurf einer Schwäche und Haltlosigkeit gemacht wird, die, wie die „Zeit“ richtig bemerkt, mit der Beseitigung des Kongresses einfach nicht zu vereinbaren wäre. Das ist politische Brunnenvergiftung.

Freilich, nicht der Kanzler soll getroffen werden, sondern der Führer der Deutschen Volkspartei, dem man die nationale Gefinnung absprechen möchte, weil er angeblich bereit sei, das letzte Gut der deutschen Wirtschaft preiszugeben, ehe die endgültige Lösung des Reparationsproblems und die endgültige Befreiung des Rhein- und Ruhrgebiets sichergestellt ist. Diese schätzbare Arbeit wird ihr Ziel, den völksparteilichen Führer vor seiner Gefolgschaft zu trennen, niemals erreichen.

Das Ganze nennt die „Nationalliberale Korrespondenz“ „eine Hezardei, die parteipolitische Ziele hat, aber Volk und Vaterland triff“. „Piraten der öffentlichen Meinung“, sagte Bethmann Hollweg.

Es trifft sich gut, daß genau in dem gleichen Augenblick Herr v. Vindeiner-Wildau in der „Kreuzzeitung“ einen Aufruf vom Stapel läßt, in dem er sich gleichfalls über Kanzlerstürzerei beklagt. Nur soll diese Kanzlerstürzerei von Zentrum und Sozialdemokratie betrieben werden, deren Presse sich — wie Herr v. Vindeiner durch Zitate beweist — über die Politik Cunos gelegentlich auch skeptisch äußert. Herr v. Vindeiner wittert schon Gefahr, wenn sich einzelne Parteien gegenüber der Regierungspolitik ihr eigenes Urteil bewahren und es in sachlicher Form zur Geltung bringen. Indes treiben es seine eigene Leute, wie in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ zu lesen steht. So fügt er zur Politik der Brunnenvergiftung auch noch die mit dem doppelten Boden.

Abgabe für Brotverbilligung.

Antrag der Sozialdemokratie und des Zentrums angenommen.

Im Volkswirtschaftlichen Ausschuss des Reichstages folgte heute vormittag die Abstimmung über die Anträge bezüglich der Aufbringung der Mittel für die Brotverbilligung der Bedürftigen. Abgelehnt wurde der Antrag der Demokraten, der die Abgabe in drei Terminen, 1. August 1923, 1. Januar 1924, 1. April 1924 erheben wollte. Für den ersten Zeitabschnitt sollte das Dreifache der Zwangsanleihe erhoben werden. Ebenfalls wurde abgelehnt der Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, der auch das Dreifache, allerdings erst am 1. September 1923, vorschlag und der die Restzahlung abhängig machen wollte von der künftigen Preisentwicklung für Roggen. Gegen die Stimmen der Linken wurde weiter abgelehnt, daß die Abgabe das Zehnfache der Zwangsanleihe betragen soll und statt des 1. August der 1. Juli als Zahlungstermin gelten soll. Mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokratie wurde dann ein von diesen Parteien gemeinsam eingebrachter Antrag angenommen, der als Abgabe das Sechsfache der Zwangsanleihe erheben will. Die Abgabe ist am 1. August zu zahlen, für spätere Zahlungen wird ein Zuschlag erhoben, der der Erhöhung des Goldzollaufgebotes vom 1. August ab entspricht.

Dieser Antrag stellt zwar einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den Anträgen der bürgerlichen Parteien dar, aber angesichts der katastrophalen Marktwertung dürfte auch er nicht ausreichen sein. Die sozialdemokratische Fraktion wird deshalb den ernstesten Versuch machen, die Abgabe so zu erhöhen bzw. so zu sichern, daß auch bei noch stärkerer Marktwertung die Brotverbilli-

gung für die Bedürftigen unter allen Umständen sichergestellt ist. Ohne eine solche Sicherung würde die sozialdemokratische Fraktion nicht in der Lage sein, dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung zu geben.

Das Todesurteil von Mainz.

Das Todesurteil des französischen Kriegsgerichts in Mainz gegen den 23jährigen Ingenieur Börges, der bei einem Versuch zur Sprengung eines Eisenbahngleises in der Pfalz betroffen worden sein soll, hat in Deutschland, wie nicht anders zu erwarten war, lebhafteste Bewegung hervorgerufen. Im Gegensatz zum Fall Schlageter ist die Tat, die mit der schwersten Strafe geahndet werden soll, im altbekannten Gebiet verübt worden, also in einem Gebiet, wo den fremden Militärbehörden gewisse vertragsmäßige Rechte zu ihrem eigenen Schutz und zum Schutz ihrer Untergebenen zustehen. Auf der anderen Seite handelt es sich um ein Objekt, das widerrechtlich in die Hände der Franzosen gelangt ist, um eine militarisierete Eisenbahn.

Für die Tat sieht das deutsche Gesetz allerdings schwere Freiheitsstrafen vor, aber nicht Todesstrafe. Die Vollziehung des Urteils müßte aus all diesen Gründen in allen Bevölkerungsteilen Deutschlands neue heftige Ausregung hervorrufen. Wenn es in Frankreich heute von Einfluß gibt, die eine weitere Vergiftung der deutsch-französischen Verhältnisse vermeiden wollen, so werden sie alles tun, um die Vollziehung des Urteils zu verhindern.

Wir haben schon aus Anlaß des Falles Schlageter gesagt, daß Gewalttätigkeiten gegen fremdes Militär oder gegen Objekte, die sich in seiner Hand befinden, zwecklos und schädlich sind. Zu dieser Auffassung hat sich neuerdings auch die Reichsregierung bekannt. W.B. brachte gestern einen Auszug aus einem Kölner Sonderbericht der „Times“, der die französische Kapitulationsforderung mit guten Gründen bekämpft, zum Schluß aber sagt:

Ein Unterschied müsse jedoch gemacht werden zwischen passivem Widerstand und Sabotageakten. Es könne kein guter Grund bestehen, weshalb die deutsche Regierung nicht, wie viele örtliche Behörden dies in zahlreichen Bezirken seit langem getan hätten, vollständig von dieser Form der Aktivität abrücken sollte, die rein nationalistischen Ursprungs sei.

W.B. verfaß diesen Bericht mit folgender Anmerkung: Die Reichsregierung hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie eine solche Form der Aktivität nicht billigt.

Das veranlaßt nun wiederum die nationalistische „Deutsche Tageszeitung“ zu folgender Äußerung:

Diese Anmerkung des W.B. erscheint reichlich deplaziert. Eine Form der Aktivität, die rein nationalistischen Ursprungs ist, hat die Reichsregierung allerdings nie gebilligt. Eine solche Aktivität hat es aber auch bisher im Ruhrgebiet nicht gegeben, und schon deshalb hat die Reichsregierung nicht den geringsten Anlaß, sich dazu zu äußern. Akte, die den fremden Räuber in der Vergeltung des Raubes behindern, sind weder nationalistische noch „Sabotage“-Akte, sondern liegen durchaus im Rahmen passiver Resistenz.

Es ist nützlich, daß die Frage, um die es sich handelt, mit größerer Schärfe herausgearbeitet wird. Die Regierung darf sich durch nationalistischen Einspruch nicht davon abhalten lassen, Sabotageakte nach Kräften zu unterbinden. Dem diese Akte werden den Begnern von ihrem Ziel nicht abbringen, für die Bevölkerung sind sie aber eine Gefahr.

Die bayerische Separationspolitik. Die Debatte über die Schaffung der Stelle eines Staatspräsidenten ist, wie die Münchener Blätter melden, im bayerischen Ministerat noch nicht erledigt. Vorher werden noch Besprechungen mit den Führern der Koalitionsparteien geführt, so daß die Vorlage frühestens in der zweiten Junihälfte an den Landtag gelangen kann.

Deutsches Tonkünstlerfest in Kassel.

Von Kurt Singer.

III.

Es ist sicher kein Tadel für die Musiktage Kassels, wenn man sagt, der Besuch bei Rubens und Rembrandt sei das größte künstlerische Ereignis gewesen. Die Feste bieten nebenbei auch ein großes wirtschaftliches und soziales Interesse. Es kommen hier aus Deutschland und Oesterreich namhafte Komponisten, Dirigenten, Schriftsteller zusammen. Partituren werden angesehen, angenommen, Auführungen versprochen. Für die neuen Namen zeigt sich Interesse, Verleger melden sich, die Chordirigenten, die Musikfreier, die internationale Musikgesellschaft — alles hält seine Logen ab, und Sängerinnen, die anwesend sind, geben ein freundliches Debut, probeweise vor einem Zuhörerkreis von Fachleuten. Engagements werden angeboten, vermittelt, — ein richtiger Kunstmarkt. Und Furtwängler, allen gefällig, immer freundlich, weiß sich vor Ungarnung und Bedrängung kaum zu flüchten. Komponer erzählt laut seine Berliner Eindrücke, Wein löst die Zungen.

Und dann sind die ersten Stunden wieder da des Hörens und Betrachtens. Die Chormusik bietet in dem kleinen Ausschnitt eines Konzertsabends nicht viel Neues. Braunsfels' Lebeum werden wir bald in Berlin hören; es soll dann gewertet und gewürdigt sein. Die Passacaglia des früheren Kapellmeisters der Philharmoniker, August Scharrer, ist korrekt, klug, gerade Arbeit eines Mannes, der sich an große Vorbilder klammert. Heinrich Kaminsky's Concerto grosso würde bedeutend, es ist ein der Form und dem Gehalt nach grandioses Stück Musik, mit Bach'scher Linie modernes Kolorit einend. Der Aufbau zeigt einen klugen Meister, das innere Pathos steigert sich zu hymnendämonischem Abgesang. Kaminsky weiß, was er will, und er ist weit über die Trodenheit des gelehrten Apparates hinausgewachsen. Bohne's Violinconcert Op. 11 ist nicht neu; trotz der Herbitheit seiner Thematik und dem schweren Blut, das in seinen Adern fließt, gewann es unter Kufenkompi-Posto Händen ungemein an Reiz und Lebendigkeit. Die „Gedächtnis“ von Bernhard Selke sind äußerst delikate Improvisationen, keine Einfälle, teils rein-instrumentaler, teils als inspiratorischer Art, Spielereien eines Miniaturkünstlers, deren Inhalt besonders gern aus orientalischem Mittel zu stammen scheint (Scherzstücke). Vor allem sind es Stücke für fein-pointierende Dirigenten. Die beiden Gesänge Haussegers (Schlageter, Totenmarsch) wenden sich bewußt von unserer Zeit ab; klar in der Disposition, einfach im harmonischen Grund, balladest in der Form, weisen sie kaum eigene Wege auf, kaum mehr als programmatische Zeichnung. Viel stärker, viel wesentlicher und auch viel komplizierter ist Regers „Gefang der Verkürzten“. Es ist wohl stilistisch und in harmonischen Feinheiten das hübsche und verwegene Chorsück überhaupt. Aber im Gegensatz zu früheren Wäldchen Regers hat er hier auch die Seele des lebenden Schicksals von Hause mit in die Musik einfließen lassen, ja, mehr als das, Sehnsucht, Weidlichkeit und Beklärung fließen esgebrüt. Leider überwiegt das ungeschickte, klägliche Orchester viel, sehr viel von den Schönheiten und der Inbrunst des Gesangs;

so daß auch hier ein Rest an Zwiespalt bleibt zwischen Können und Wollen.

IV.

Das wirkliche Problem des Festes heißt Ernst Krenek. Seine 2. Sinfonie fand zur Diskussion. Der junge Musiker stellt das Rätsel des modernen Komponisten, des sich entwickelnden Menschen unserer Zeit in Reinkultur dar. Seine großen, unschätzbaren Vorzüge: vollendete Handhabung des Orchesters, das ihm in die feinsten Gebilde der Phantasie folgt; ein Verzicht auf alles sinnfällig Schöne, wenn es zur Charakterisierung dient; eine letzte Verfeinerung jeder Stimme, jedes Instrumentes, das ganze Werk linear geschaffen, ohne Rücksicht auf Zusammenklang. Man fühlt eine außerordentliche musikalische Kraft, die von Widersänden nichts wissen will, man hört ein Brausen und Sären, ein Aufstürmen gleich bis zum Chimboraço. Das Negative dieses großen Talents: ein Musizieren neben den Konsonanzen, die bewußt-vergebliche Suche nach dem Dreiklang, das Abblenden von jeder Kantilene, die saloppe Form und die selbstsichere Respektlosigkeit vor allem großen Gestirn. So wird der Eindruck: genial, aber unsicher, lähn, aber verworren, neu, aber halb-matigiert, hochgezeitigt im Gefühl, aber nicht durchlebt. Eine Tat, doch eine ohne letzte Verantwortung vor sich selbst. Es ist die Kriegserklärung an das Nur-Schöne, es ist ein Affront noch über Schönberg hinaus gegen alles, was mehr will als tönend bewegte Formlosigkeit. Es ist Musik genialer Subertät, himmelsfürmender Unvollendung, sich mactender Unzufriedenheit. Ein Markstein noch nicht, aber ein Markstein im Schaffen aller modernen Komponisten. Wer den jungen Krenek dort gesehen hat, freundlich zwischen der braunenden, rufenden, zischenden Hörerflut stehend, der konnte wissen: das äußere Leben und Weben ist ihm nichts, er liebt, er lebt nichts anderes als Musik. Und wird stark bleiben wie ein Fels, bis ihn einmal restloses, kraftgeladenes Erleben gepackt und geschüttelt hat. Robert Langs, der Leiter des ganzen Festes, wurde dieser schwierigen Partitur gerecht, obgleich ihm ihre Wesenheit wohl ganz fern lag. Hier konnte auch das Orchester seinen Mann stehen auf ungewohnter Erde. Der Chor zwang zwar den Regor-Chor nicht ganz, er ließ sich von dem Kolof aber auch nicht erdrücken.

Ein letztes Winken: Kassel, Wilhelmshöhe, Rembrandt und Tonkünstlerfest — habt Dank!

Bergeblische Bemühung. Die Direktion der Großen Volksoper, der bei ihren Bemühungen um das Kroll-Haus glücklich auch die letzten Felle weggeschwommen sind, macht trotzdem noch einen verzweifelten Versuch, das endgültig Verlorene zu retten. In einem Flugblatt polemisiert sie gegen das einseitige Kultusministerium, die luttendliche Staatsoper und die rechtshäberische Volksbühne, die alle drei partout nicht zugeben wollen, daß das dem Staate gehörende, von der Volksbühne unter unendlichen Schwierigkeiten ausgebaute für die Bedürfnisse der Staatsoper eingerichtete Kroll-Theater eigentlich der Großen Volksoper gehöre, die den berechtigten Anspruch habe, da zu ernten, wo andere säen, und sich mit staatlichen Mitteln aus ihrer privaten Willkür zu retten. Es erwidert sich, auf die Einzelheiten des Flugblattes einzugehen. Sie sind hundertmal widerlegt und können keinen Sachkundigen und Urteilsfähigen irreführen.

Theodor Volbehr, der Begründer und Leiter des Magdeburger Kaiser-Friedrich-Museums, ist nach dreißigjähriger Tätigkeit von seinem Posten geschieden, um seinen wissenschaftlichen Arbeiten leben zu können. Volbehr ist unter den deutschen Museumsdirektoren führend vorangegangen, indem er den städtischen Kunstbesitz Magdeburgs in neuer Weise in den Dienst volkstümlicher Kunstpflege stellte, indem er den Lippus des Museums als gemeinnütziger Lehranstalt zu verwirklichen strebte. Den Kern seines Kaiser-Friedrich-Museums schuf Volbehr in der „Magdeburger Halle“, und da herum gruppierte er die lehrhaft angeordneten Räume, die die Kultur des Hauses, die Gemälde und die Gipsfiguren. Durch Führungen, durch einen lehrhaften Katalog und durch die kleinen Bilderhefte arbeitete Volbehr an der Ausgestaltung seines Museums zur Volksbildungsstätte.

Spielszug für Künstler und Gelehrte. Wir erhalten folgende Zuschrift: Wie wir aus bester Quelle hören, hat die Freie Vereinigung von Gelehrten und Künstlern, die im Jahre 1842 durch Stützung des Ordens Pour le mérite für Wissenschaften und Künste ins Leben getreten ist, die Herren A. Einstein, Berlin, Berthold Hauptmann, Agnetendorf, Felix Klein, Göttingen, Max Liebermann, Berlin, Hugo Fiedler, Berlin zu ihren Mitgliedern gewählt.

Nach der Reichsverfassung ist die Verleihung von Orden und Ehrenzeichen verboten, die der preussische Staat ist nicht mehr in der Lage, die Sehnüchte solcher Männerbrüste zu befriedigen. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, haben sich die Ritter des Pour le mérite als „Freie Vereinigung“ aufgegeben und verleihen jetzt ihren Haischmuck ohne staatliche Vermittlung auf eigene Rechnung und Gefahr. Die Namen der Männer, die sich neuerdings mit den blanken Kinderlächeln haben bedängen lassen, zeigen, daß selbst ernste Künstler und Gelehrte kindlichen Sinn bis ins reifste Alter bewahren können.

Staatsoper. In der „Rigolette“-Aufführung am Sonnabend wird die russische Sängerin Kollala Gorojsa von der russischen Staatsoper zu Petersburg die „Gilda“ singen.

Die Jubiläumsexposition der Staatlichen Bildstelle in Bild und Buch, in der Umbildung des Deutschen Kunstvereins, Wilhelmstr. 69, zeigt neue Ausnahmen aus der städtischen Abteilung der Berliner Museen. Wochentags 9-6 Uhr. Eintritt frei.

Vordammer-Konkurrenz 1923. Wie in den beiden letzten Jahren, so wird auch in diesem Sommer in den Räumen des Orangeriegebäudes im Park von Sanssouci eine Ausstellung stattfinden, die dieses Mal der Kunst des Wassall und der Gipsmalerei gewidmet werden soll. Die Ausstellung wird am 20. Juni eröffnet.

Das tiefste Bergwerk. Brasilien besitzt das tiefste Bergwerk der Welt in den Minen von St. John del Rey. Wie in der Engineering and Mining Journal-Veise“ ausgedrückt wird, hat man in diesem Bergwerk eine senkrechte Tiefe von 6725 Fuß erreicht. Die Temperatur des Gesteins ist so hoch, daß die Arbeiter ihre Tätigkeit nur mit Hilfe künstlicher Abkühlung ausüben können. Die Erde, die in dieser Tiefe angetroffen werden, weiten keine Anzeichen für eine Wärmehülle des Goldgebirges auf, so daß dieses tiefste Bergwerk der Erde in dieser Hinsicht eine bemerkenswerte Ausnahme bildet.

Abstimmungen im Landtag.

Das deutschnationale Mißtrauensvotum abgelehnt.

Der Preussische Landtag erledigte in seiner heutigen Sitzung zunächst die Entschließungsanträge zu dem Haushalt des Staatsministeriums sowie den Antrag der Deutschnationalen, dem Minister des Innern das Vertrauen zu entziehen.

In der Abstimmung wurden angenommen die Anträge des Hauptausschusses, die Bereinigung der Ministerialblätter zu einem einheitlichen preussischen Ministerialblatt zu prüfen, ferner dafür Sorge zu tragen, daß der Schutz und die Förderung der deutschen Kultur und Wirtschaftsinteressen in Schleswig sämtlichen Ressorts und nachgeordneten Behörden zur besonderen Pflicht gemacht wird. Ablehnung fanden gegen die Stimmen der Linken die Anträge auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der unter Abänderung der Verfassung den Staatsrat zu einer wirklichen Vertretung der Provinzen umgestaltet, sowie auf Vorlegung eines weiteren Gesetzes, das eine anderweitige Regelung in der Frage der Bestellung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen forderte. Abgelehnt wurde ferner u. a. ein kommunikativer Antrag, die Verfassungsbestimmungen über den Staatsrat außer Kraft zu setzen; für diesen Antrag stimmten auch die Sozialdemokraten. — Am Hammelsprung wird dann entschieden über den Antrag der Sozialdemokraten und der Wirtschaftspartei auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, der erstens die einheitliche Abgabe der preussischen Steuern in den Volkserhebungen des Reichsrates gewährleistet, und zweitens Vorfrage trifft, daß durch die Stimmgabe die wirkliche Etablierung der Provinzen zurechtfindet als bisher zum Ausdruck kommt. Der Antrag wird mit 140 gegen 135 Stimmen in seinem ersten Teil angenommen, in seinem zweiten Teil abgelehnt.

Das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen gegen Minister Seegering wird in namentlicher Abstimmung mit 226 gegen 64 Stimmen der Deutschnationalen bei 9 Stimmentzählungen abgelehnt.

Hinrichtungen in Georgien.

Die Tscheta in Tiflis macht bekannt, daß am 21. Mai nachfolgende Personen von ihr hingerichtet wurden:

Alexander Andronikofschwili, General, Professor an der georgischen Militärschule.
 Warden Tschakidze, General der georgischen Roten Armee.
 Georgi Chmischidze, Oberst der georgischen Roten Armee.
 Rostom Muzschischwili, Oberst, Stabschef der georgischen Roten Armee.
 Konstantin Abchasi, General, Vorsitzender der georgischen Nationaldemokratischen Partei.
 Nikolai Sandukeli, Chef des Wirtschaftsressorts des Militärkreises Dscheti, Mitglied des Kreisamtes Dscheti der Sozialdemokratischen Partei.
 Simon Bogration-Muchranski, Offizier.
 Tarnas Karalofschwili, Oberstleutnant, Chef einer Maschinen-gewerkschaft.
 Jafon Kereselidze, Mitglied der Nationaldemokratischen Partei.
 Swane Kuselidze, Mitglied der Nationaldemokratischen Partei.
 Simon Tschibrikidze alias Kasid, Kaufmann, Mitglied der Nationaldemokratischen Partei.
 Alexander Wasschewarian, Oberst der georgischen Roten Armee.
 Akbar Gulifschwili, Oberst der georgischen Roten Armee.
 Sewan Kimschidze, 26 Jahre, Leutnant der georgischen Roten Armee.
 Dimiti Tschibrikeli, 29 Jahre, Artillerieoffizier der georgischen Roten Armee.

Die „Tscheta“ behauptet, daß die Hingerichteten die Aufstandsbewegung in Georgien geleitet und Spionagedienste für England geleistet hätten. Die Aufstandsbewegung wurde bisher von den Sowjetbehörden hartnäckig geschnitten und als „menschenwidrige Bestrafung“ bezeichnet. Bei den letzten Todesurteilen (seit dem 14. Februar dieses Jahres wurden circa 300 Personen hingerichtet) wird sie von den Sowjetbehörden selbst amtlich bestätigt. Daß die Hingerichteten diese Bewegung unterstützten oder gar geleitet hätten, trifft nicht zu. Die von der Tscheta angeführten Auslagen der Hingerichteten, die angeblich selbst zugegeben hätten, die Aufstandsbewegung geleitet zu haben, wurden teilweise durch Fälschungen erpreßt, teilweise einfach erfälscht. Was die Spionage für England betrifft, so ist dies eine infame Lüge, die den Sowjetbehörden zur Stimmungsmache gerade jetzt in den Kram paßt.

Die Aufstandsbewegung ist ein Verzweiflungsschrei der bäuerlichen Bevölkerung Georgiens, die von der Roten Armee ausgeplündert und ausgerottet wird. Geführt wird diese Bewegung oftmals von Agenten der Tscheta. Die politischen Parteien Georgiens haben mit dieser Bewegung nichts zu tun. Die Sozialdemokratische Partei Georgiens, die am härtesten von den Okkupationsbehörden verfolgt wird, hat von Anfang an diese Bewegung entschieden abgelehnt.

Die Lage in Bulgarien.

Jugoslawische Truppenverstärkungen.

Sofia, 14. Juni. (Eco.) Der Ministerpräsident der neuen Regierung hat an die bulgarischen Gesandtschaften im Auslande telegraphisch die Versicherung abgegeben, daß das Kabinett Jankow in der auswärtigen Politik die Richtlinien der Regierung Stamboliski nicht verlassen und durch loyales Verhalten sowie durch die Erfüllung der internationalen Verträge die Beziehungen zu allen Nachbarn zu bessern suchen werde.

Der jugoslawische Geschäftsträger in Belgrad meldet, daß Jugoslawien sich zunächst mit diplomatischen Schritten begnüge und die Truppenverstärkungen an der Grenze nur in dem Ausmaße der vor Abschluß des Risser Abkommens bestandenen Grenzbesetzung vorgenommen würden.

Stoeder verhaftet. Der „Roten Fregate“ zufolge ist der kommunistische Reichstagsabgeordnete Stoeder in Reims von den Franzosen verhaftet und nach Brabant transportiert worden.

	14. Juni		13. Juni	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Geld-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Geld-) Kurs
1 holländischer Gulden	42792.50	49007.50	38558.—	85747.—
1 argentinische Papier-Peso	88802.50	89097.50	84638.—	84987.—
1 belgischer Franc	5885.—	5915.—	5408.—	5434.—
1 norwegische Krone	17955.—	18095.—	16250.—	16341.—
1 dänische Krone	19451.—	19549.—	17908.50	17938.50
1 schwedische Krone	28728.50	28871.50	26084.50	26185.50
1 finnische Mark	—	—	2698.—	2707.—
1 japanischer Yen	51371.—	51629.—	47880.—	48120.—
1 italienische Lire	4987.50	5012.50	4518.50	4536.50
1 Pfund Sterling	100737.—	100928.—	93892.—	94038.—
1 Dollar	102730.—	102870.—	98503.—	98977.—
1 französischer Franc	6783.—	6817.—	6244.—	6270.—
1 brasilianischer Milreis	10078.50	10093.50	9875.—	9905.—
1 Schweizer Franc	19201.50	19208.50	17605.50	17604.50
1 spanische Peseta	15710.50	15789.50	14643.—	14717.—
10 österr. Kronen (abgeh.)	—	—	183.99	187.90
1 russische Krone	—	—	2987.50	2992.50
1 ungarische Krone	—	—	19.80	19.84
1 bulgarische Lewa	—	—	1167.—	1118.—
1 jugoslawischer Dinar	—	—	1077.—	1083.—

Der Pfeil im Fenster.

Der Himmel hängt wie immer voll Wolken und sprüht Regen; Kälte macht sich im Vorzimmer häuslich. Seltsame und unnatürliche Dinge spielen sich scheinbar selbstverständlich ab. Dazu Teuerung, Regen, Ruhr. In der südlichen Friedrichstraße hat einer einen drei Meter langen Pfeil, rig — rag — durch eine mächtige Schaufensterscheibe gestochen. Mit ungeheurer Kraft hindurchgestoßen durch das zentimeterstarke Glas. Steht nun mitten drin der Pfeil, sozusagen vom Himmel gefandt durch die Schaufensterscheibe hindurch mit der Spitze ein kleines Paket berührend. Die kräftige Kiefenfaust also, die den Pfeil schützte hatte es auf besagtes Paket abgehoben — um nun ja — das Papier zu rigen, damit es seinen Inhalt entblöße, was leider nicht geschah — da der Pfeil kurz vor dem Paket gewissermaßen innehielt. Die Lüsterheit war dem Pfeil an der Spitze erstorben, denn es stand auf dem Paket zu lesen, daß es sich um deutschen Volkstoffee handelte, ja richtigen deutschen Volkstoffee mit so und soviel winzigen Prozentchen Bohnen, sabelhaft richtigen Kaffeebohnen — so auf eine Handvoll Schweinshäutchen 2 1/2 Kaffeebohnen. Wunder, daß dem Pfeil die Luft verging, neugierig zu sein?

Freie Reklame das für den Laden, dessen Inhaber auf einem Türschild feierlichst versichert, daß er Franzosen und Belgiern — Rückgrat muß der Mensch haben — nichts verkaufen wolle. (Für den deutschen Volkstoffee hätten sie sicher gedankt.) Leute in Massen vor dem Fenster, alte Frauen fragen wie sowas möglich sei, daß einer einen Pfeil usw. usw. usw.

Die Täuschung ist nahezu vollkommen. Glas ist scheinbar richtig gesplittert (markiert durch aufgepöppelte Glasscheiben), Sprünge (gemalt), durchgezogene das hohe Fenster. Alles blendend gemacht. Reklame ff. und nur Täuschung. Nur Täuschung ist nicht, die Handvoll Schweinshäutchen mit den 2 Kaffeebohnen drin. Das ist nüchterne nackte Wahrheit. Deutsches Volkstoffee, nichts für Franzosen und Belgier, referiert für uns Deutsche. Die anderen mögen vor Reid plagen.

Die Gehälter der Straßenbahndirektoren.

Enthüllungen im städtischen Haushaltsauschuß.

Bei der zweiten Lesung des städtischen Haushalts kam es bei der Beratung über mögliche Entlassungen von leitenden Angestellten der Straßenbahn (Arbeiter hat man bekanntlich zirka 6000 auf die Straße gesetzt) zu lebhaften Auseinandersetzungen. Ein Unterausschuß hatte festgestellt, daß ohne Wissen des Verwaltungsrats der Straßenbahn und der Verkehrsdeputation die Direktion der Straßenbahn die Gehälter einer ganzen Reihe von leitenden Beamten (und auch die eigenen) aus eigener Machtvollkommenheit festgesetzt hatte. Bei der Uebernahme der Straßenbahn durch die Stadt hat man die Stadt auch insofern gründlich übers Ohr gehauen, als für eine ungemessen große Anzahl leitender Angestellten auf zehn Jahre bis 1929 Verträge abgeschlossen wurden, aus denen die Herren das Recht auf Gehälter in Höhe der Gehälter der Fachstadträte des Magistrats und darüber hinaus fordern, so daß die Leitung der Straßenbahn, was Gehaltsforderungen anlangt, ein kleiner Magistrat für sich ist. Mit der steigenden Geldbewertung hat die Straßenbahndirektion die Gehälter eigenmächtig festgesetzt. Außerdem hat die Straßenbahndirektion noch im laufenden Etatsjahr Tarifkräfte mit Besoldung etwa der Gruppe 11 und 12 eingestellt, trotzdem Beamte überflüssig und Arbeiter zu tausenden entlassen werden. Im Etatsauschuß riefen diese bisher unbekanntem Zusammenhangs allgemeine Entrüstung hervor. Es wurde ein Antrag angenommen, der die Verkehrsdeputation beauftragt, eine genaue Nachprüfung aller früher abgeschlossenen Verträge vorzunehmen. Diese Dinge werden ebenfalls auch im Plenum der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache kommen. Es versteht sich von selber, daß der augenblickliche Zustand auch die Wirtschaftlichkeit der Straßenbahn ungünstig beeinflussen muß.

Das „Hauslöcherlein“.

Raubzüge mit gefälschten Papieren.

Das Thema von der Hausangestellten, oder, wie man sie von alters her in den Kreisen, die ihre Hilfe in Anspruch nehmen, gewöhnlich nennt, dem „Dienstmädchen“ ist für manche Leute, denen es sonst an geeignetem Gesprächsstoff fehlt, unerschöpflich. Jede Zeitungsnotiz, die von einem ungetreuen Mädchen berichtet, wird immer zu gern verallgemeinert und ebenso gern sind urteillose Menschen leider bereit, in jeder Hausangestellten ein mit Vorwitz zu genießendes Wesen zu sehen. Jetzt berichtet die Kriminalchronik gleich von drei Schwindlerinnen, die durch ihr Verhalten dazu beitragen, den Ruf der in mühsam und ehrlicher Arbeit schaffenden Hausgehilfinnen zu schädigen.

Eine Gertrud Petersen besucht Vermietungsbureaus, tritt dort als „Hauslöcherlein“ auf, nimmt angeblich für ihren Haushalt Hausangestellte an, läßt sich deren Papiere aushändigen und verschafft sich auf diese hin Stellungen bei wohlhabenden Beweuten. Um sie recht sicher zu machen, schreibt sie nach dem Zugang an eine angebliche Tante oder sonstige Verwandte wegen Zusage ihrer Sachen. Nach kurzer Tätigkeit verschwindet sie bei der ersten Gelegenheit mit Bertschchen und auf allen ihren Stellen in die Millionen gingen. Die Petersen war kürzlich einmal von der Kriminalpolizei in Pommeren festgenommen und nach Berlin gebracht worden. Im Untersuchungsgefängnis rief sie sich absichtlich eine alte Operationswunde wieder auf. So kam sie ins Krankenhaus und von dort alsbald in die Freiheit. Sofort nahm sie ihr Treiben wieder auf. Die Diablin, die bisher unter dem Namen Erna Zimmer und Minna Bath, auch Bernhard und Sternlicht austrat, ist 1,65 Meter groß und blond, hat im Oberkiefer in der Mitte einen Goldzahn und an der linken Wange eine Narbe. — Eine Frau Luise Neumann, geb. Rehrenheim, die zuletzt in der Katharinenstraße 7 zu Halensee wohnte, spielt die ehrliche Aufwärtlerin. Sie nimmt zuweilen unter ihrem richtigen Namen Aufwartstellen an, nennt sich aber auch Schwarzlöff aus der Babelsberger Straße 11, Marie Scheid, Johanna Teschner, Frida Stäbe usw. Sie arbeitet nicht erst wenigstens einige Tage lang, sondern steckt in der Regel schon nach einigen Stunden ein, was sie an Werten erreichen kann und geht heimlich davon. Auch sie war schon einmal nach Moabit gebracht worden, verlor aber, eine Krankheit vorzuspielen und wurde daraufhin einstweilen wieder entlassen. — Eine angebliche Emma Jakobi aus Schloffen meldet sich durch die Tageszeitungen auf Anzeigen als erstklassige Hausmädchen oder Köchin. Bei einer Freundin erklärt sie mit umfangreichem Gepäck und erwiderte lo den Eindruck der Selbstität. Das Gepäck ließ darauf schließen, daß „Emma“ kein Juppogeel war. Aber der Schein trug. Schon am nächsten Tage verstand die „perfekte Köchin“ mit allen erreichbaren Silberstücken. Das Gepäck, das sie hinterließ, enthielt nur 10 Pfund Roskafa. An anderen Stellen ist die Diablin mit ihrem Trid unter dem Namen Margarete Häkel, Marie Wunderlich, Martha Weismann usw. aufgetreten. Die festsitzende wurde, bei sie sich bei einer Gefängniswärterin fünf Dienstadtstunden erworben und zum Teil auch die erwähnten Namen gefälscht. Wohlmeinlich belügt sie noch Führer auf die Namen Margarete Weig und Anna Märsch. Mitteilungen, die

geeignet sind, diese gefährliche Diebinen endlich unschädlich zu machen, nimmt Kriminalkommissar Bennat im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen.

Am Pranger.

Im Monat Mai sind Handelsverbote erlassen worden wegen Vergehens gegen die notariellgesetzlichen Bestimmungen gegen den Viehkommissionär Jahn in Berlin, Zentralviehhof, wegen Preistreiber mit Schweinen auf dem Zentralviehhof; gegen den Viehkommissionär Karl Koehel in Berlin, Am Friedrichsbain 6, wegen Angabe unrichtiger Verkaufspreise im Verkaufsschein; gegen den Kaufmann Simon Spira in Berlin, Dresdener Str. 48, wegen mangelhafter Geschäftsführung, insbesondere wegen Nichtführung von Geschäftsbüchern, so daß eine Nachprüfung der Preise unmöglich gemacht wurde; gegen den Kaufmann Sidel Spira in Berlin, Dresdener Str. 48, wegen der gleichen Delikte; gegen den Kaufmann Leopold Ritter in Berlin, Kaiserstraße 5, wegen beschuldigter Ausfuhr von Silbermünzen ohne die erforderliche Genehmigung; gegen den Kaufmann Abraham Bewitt in Berlin, Kaiserstraße 21, aus derselben Veranlassung; gegen den Kaufmann Emil Wiczorek in Berlin-Schöneberg, Passauer Straße 19, wegen Preistreiber mit Kaffee; gegen den Kaufmann und Ingenieur Erich Schänemann in Berlin-Charlottenburg, Reichstraße 38, wegen unerlaubten Handels mit Spiritus; gegen den Optiker Josef Seiler in Berlin, Neue Hofstraße 5, weil er Brillenfassungen ohne die erforderliche Genehmigung aus dem Reichsgebiet ausgeführt hat.

Durchstechereien in Plöhenjoc.

Vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts III fand ein Bestechungsprozeß statt, bei dem es sich um jahrelange Durchstechereien in der Gefangenenanstalt Plöhenjoc handelt. Die Anklage richtet sich gegen die Gefängnisoberaufseher Dresp, Reitschlag und Reuser, ferner gegen 16 frühere und jegige Insassen des Gefängnisses, von denen aber sieben nicht erschienen waren. Den Aufsehern wird zur Last gelegt, daß sie den Gefangenen Zigarren und Tabak und sonstige Genussmittel zugesteckt haben, und für sie Briefe aus dem Gefängnis befördert hätten. Als Entschädigung dafür sollen sie sich aus dem Arbeitsmaterial Stiefel, Schuhe, Rappen, Rucksäcke, Taschen, Reitbockler u. a. haben anfertigen lassen. Auch sollen die Aufseher Nähgarn und andere Materialien beiseite gebracht und jeder verschoben haben. Die drei Aufseher haben von Anfang an jede Schuld bestritten, während die Gefangenen früher ein Geständnis abgelegt haben. In der Verhandlung widerriefen sie das Geständnis und behaupteten, daß sie durch den Staatsanwalt und den Gefängnisvorsteher hierzu gepreßt worden seien. Der Gefängnisdirektor habe sie bedroht und angefaßt, einen Gefangenen habe er sogar sieben Tage in Arrest gesteckt. Dadurch seien sie gezwungen worden, das zu sagen, was man von ihnen hören wollte. Der Hauptangeklagte, der Gefängnisoberaufseher Dresp, wurde zu einem Jahr drei Monaten verurteilt, wobei neun Monate Untersuchungshaft abgerechnet wurden. Der Gefängnisoberaufseher Reitschlag und Reuser erhielten je drei Monate Gefängnis mit Strafaussetzung. Von den mitangeklagten Gefangenen erhielten Gröber neun Monate, Dache, Winter und Klaus je sechs Monate, Zuder vier Monate und Wiedman ein Monat Gefängnis.

Brotpreiserhöhung in der kommenden Woche.

In der nächsten Woche werden die Preise für Markenbrot und für freies Gebäck abermals heraufgesetzt werden. Für Markenbrot dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach der Preis von 2750 M. und 90 M. für die Schrippe festgelegt werden, während das freie Brot im Verhältnis der Preissteigerungen während der letzten Woche erhöht werden wird.

Ueberfallen und schwer verletzt wurde ein Steuerbeamter.

Leo S. aus der Belle-Alliance-Straße, als er nachts zwischen 12 und 1 Uhr seine Wohnung verließ, um sich nach seiner Dienststelle zu begeben. Mehrere junge Burschen fielen über ihn her, wahrscheinlich um ihn zu berauben, mußten aber die Flucht ergreifen, als andere Leute dazu kamen. Der Ueberfallene erlitt bei dem Kampf mit den Uebelthürern, die noch nicht ergriffen sind, einen Knöchelbruch und mußte nach dem Krankenhaus gebracht werden.

Verzögerungen der Post aus dem Ruhrgebiet. Die Züge aus dem Eindrugsgebiet verkehren nach wie vor unregelmäßig. Namentlich trifft der Zug 233 Hamm-Berlin — am Schloßscher Bahnhof 6,17 Uhr — fast täglich mit größerer Verspätung hier ein. In der Zustellung der Frühpost aus dem Ruhrgebiet treten daher oft Verzögerungen ein.

20000 M. „geringsfügig“. In Abänderung der Verfügung vom 28. März d. J. betr. Auspielungen von Gegenständen, wird mit Rücksicht auf die weiterhin gesunkene Kaufkraft des Geldes als höchstzulässiger Einlagestatt 500 M. der Betrag von 1000 M. festgesetzt. Ferner wird bestimmt, daß die als Gewinne ausgesetzten Gegenstände als „geringsfügig“ im Sinne der Kabinetsorder vom 2. November 1888 noch anzusehen sind, wenn ihr Wert den Betrag von 20000 M. nicht überschreitet.

Gerr Max Antoch. Büsseler im Schloßrestaurant Teael, bittet um mitzuteilen, daß er mit dem in der Wergenaugabe des „Vorwärts“ vom 9. Juni genannten Einbrecher gleichen Namens, der an dem Volkraub in der Lotzinger Straße beteiligt war, nicht identisch ist.

Fünf Arbeiter verschüttet. Bei einem Kanalbau in der Bogestraße in Voithrop gaben plötzlich die Erdwände nach. Fünf Arbeiter wurden von den Erdmassen verschüttet. Vier von ihnen konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

Blinde Passagiere. In dem aus Havanna in einem amerikanischen Hafen eingetroffenen Dampfer „Santa Theresa“ sind von 9 blinden Passagieren, die sich in den Kabinen unter verborgen hatten, fünf erstickt, die übrigen vier wurden der Einwanderungsbehörde übergeben. Zwei davon sind ernstlich erkrankt.

Das größte Schwimmdock der Welt, das Teutonia-Land in Ausfuhrung des Versailler Vertrages an England abgeliefert hat, soll nach Singapur transportiert werden. Seit mehreren Monaten sind 800 Arbeiter damit beschäftigt, dieses Dock, das teilweise unbenutzbar war, in der Werft von Chatham zu reparieren.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, aber nach Mitternacht wieder bewölkt, mit wiederholten Regenschauern und langsam abnehmenden nordöstlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Abstimmung, Jungsozialisten! Gesamtversammlung am Freitag, den 18. Juni, 7 Uhr, im Jugendheim, Anhalterstr. 2, Referent: Gen. Schumann. M. d. N. 1. Tagesordnung: Schluß und die Sozialdemokratie. — Alle übrigen Beratungen sollen aus freier Verantwortung. Die Gesamtversammlung findet am Freitag, den 18. Juni, 7 Uhr, im Fabrik-Schulhaus, die Wähler-Beratung am Samstag, den 19. Juni, 7 Uhr, im Fabrik-Schulhaus, die Wähler-Beratung am Sonntag, den 20. Juni, 7 Uhr, im Fabrik-Schulhaus.

Sozialisten Gruppe Panlow. Heute abend 7 Uhr, Jugendheim, Berlin Str. 22, Vortragabend. Referent: Gen. Petal.

Jugendveranstaltungen.

Berliner Jugendklub. Heute abend 7 1/2 Uhr, im Jugendheim, Plöhenjoc, Vortrag: Schlußreden.

Gewerkschaftsbewegung

Der AFA-Bund für wertbeständige Löhne.

Die wachsende Beunruhigung aller arbeitenden Volksschichten über das unerträglich gewordene Versinken der Reallohne hat den Vorstand des AFA-Bundes veranlaßt, erneut in eingehende Beratungen über das Lohnproblem einzutreten. Nach Aussprachen mit zahlreichen Deputationen aus dem Reich und Beratungen mit volkswirtschaftlichen Sachverständigen ist der Vorstand zu dem Ergebnis gekommen, daß sowohl hinsichtlich der Lohnforderungen als auch der organisatorischen Voraussetzungen für die Lohnbewegung die Einstellung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik auf die durch den Zusammenbruch der Stützungsaktion entstandene Lage notwendig ist.

Die in den letzten Monaten unternommene Aktion der Stützung der Mark ist völlig gescheitert, da es die Reichsregierung unterlassen hat, neben der Intervention durch die Reichsbank auch die von den freien Gewerkschaften geforderten gesetzlichen Vorschriften gegen die Devisenspekulation und eine zentrale Bewirtschaftung der Devisen zu veranlassen. Abgesehen von diesen fehlenden Sicherungen ist aber die Stützungsaktion ein Opfer der von maßgebenden kapitalistischen Kreisen geübten Sabotage geworden. Damit sind die letzten Dämme eingestürzt, um die Mark als Wertmesser erhalten zu können, und es kann nunmehr auch den Lohn- und Gehaltsempfängern nicht mehr zugemutet werden, ihrem Arbeitseinkommen die Papiermarkrechnung zugrunde zu legen, während Industrie, Handel, Landwirtschaft und das Finanzkapital längst zur Rechnung in wertbeständiger Währung übergegangen sind.

Der AFA-Vorstand empfiehlt deshalb seinen angeschlossenen Verbänden, für die künftige Lohnregelung

die Sicherung der Wertbeständigkeit

des Arbeitseinkommens zu verlangen, wobei allerdings die heutigen stark verminderten Reallohne nicht als Ausgangspunkt genommen werden können. Eine allgemeine gesetzliche Regelung, wie sie gelegentlich als gleitende Lohnskala von anderer Seite gefordert worden war, lehnt der AFA-Vorstand nach wie vor ab, da, abgesehen von anderen Bedenken, die Ablösung des gewerkschaftlichen Lohnkampfes gegen eine rein gesetzliche Regelung bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen der Parlamente zum Schaden der Angestellten ausfallen müßte. Wertbeständigkeit des Arbeitseinkommens ist vielmehr durch tarifvertragliche Regelung für die Dauer des Lohn- oder Gehaltsabkommens zu sichern.

Um in den Lohnbewegungen der Angestellten zu einer gesteigerten gewerkschaftlichen Kraftentfaltung zu gelangen, hat der AFA-Vorstand den angeschlossenen Verbänden Vorschläge unterbreitet, durch die es ermöglicht wird, auf breiter Grundlage örtlich und zentral ein Zusammenwirken der einzelnen Organisationen zu erzielen, bei dem aber noch wie vor die Berufsverbände Träger der Lohnbewegung bleiben. Die besonderen organisatorischen Maßnahmen, mit denen vor allem auch eine Konzentration in der örtlichen Lohnbewegung erzielt werden soll, sind zurzeit Gegenstand der Beratung in den einzelnen Zentralvorständen. Mit den Ergebnissen dieser Beratungen wird sich eine Ausschusssitzung des AFA-Bundes in den nächsten Tagen abschließend beschäftigen.

Der Streik in Oberschlesien.

Man kommt nicht weiter, wenn man eine so tiefgehende Bewegung, wie sie zweifellos der oberschlesische Streik ist, als kommunistische Wache abtun will. Hier im Industriegebiet begegnet man der Not auf Schritt und Tritt. Das ist freilich ein chronischer Zustand. Aber in der letzten Zeit ist das Elend denn doch unerträglich geworden. Gewiß kennt man hier bisher Arbeitslosigkeit in dem Maße nicht wie anderwärts im Reich. Aber der Reallohn ist mit dem Stiegen des Dollars ungeheuer gesunken. Was der Familienvater noch so fleißig sein, seine Familie muß hungern. Und die Familien sind hier immer noch recht groß.

Der Resonanzboden war also da. Hinzu kommt noch die politische Zerrissenheit des Landes und seiner Bevölkerung, die niedrige Kultur, der Mangel an politischer und gewerkschaftlicher Schulung, ein gewisser mangelnder Charakter der Leute. Weiter der Umstand, daß jeder Industriearbeiter die Verhältnisse jenseits der nahen Grenze gründlich kennt, weiß, wie die polnische Mark steht und daß dort die Arbeiter viel mehr verdienen als im deutschen Oberschlesien.

Die Unruhen und damit der Streik kommen auf, als die Mark sinkt und damit die Preise sofort hochschnellen. Die Linksrädler haben nur das Verdienst, die Flamme gründlich angezündet und schließlich den Karren verfahren zu haben. Kein

vernünftiger Mensch wird bestreiten, daß die tiefe Erbitterung der Arbeiter berechtigt ist. Wie in jedem Industriegebiet, so sehen sie auch nahe vereint das größte Elend der Armen und den wahrhaftigsten Luxus der Reichen. Sie sehen die Brunnbauten der Direktoren und vergleichen damit die Ställe, in denen sie und ihre Familien hausen müssen; sehen die kostbaren Auslagen in den Schaufenstern und wissen, daß ihre Kinder daheim kaum ein Hemd auf dem Leibe haben; hören die Musik in den Schlemmerlokalen, die es natürlich auch hier gibt, und dazu die Begleitung ihres hungerigen Magens.

Die Unionisten haben die Leitung des Streiks sofort an sich gerissen. Uebrigens befinden sich in der Zentralstreikleitung Mitglieder aller Organisationen, die freilich gegen den Willen ihrer Gewerkschaften dort sitzen. Sie haben sich eben von der allgemeinen Stimmung mit fortziehen lassen.

Anerkannt muß werden, daß sich die ganze Bewegung mit erstaunlicher Ruhe und Ordnung abwickelte. Auch nicht der kleinste Zwischenfall. Gewiß fielen hier und da scharfe Worte gegen die Gewerkschaftsführer. Aber keine unbedachte Handlung folgte. Und doch liegt das Bureauhaus der Gewerkschaften, die Druckerei des „Vollstättigen“ und meine Redaktion mitten im Gortien. Die Streikleitung hat darum, daß man ihr einen Raum im Hause zur Verfügung stellen möge. Es lag kein Grund vor, die Bitte zu verweigern. Die Meldung, daß sich die Streikleitung des ganzen Hauses und der Gewerkschaften bemächtigt habe, ist Unsinn.

Ueberhaupt ist der Streikleitung nicht wohl in ihrer Haut. Sie hat sich an die Spitze gestellt, hat Forderungen erhoben. Kann aber nicht verhandeln, weil sie nicht zugelassen wird. Kann am wenigsten das erreichen, was sie den Arbeitern versprochen hat. Und sie weiß genau, daß sie dann gesteuert wird. Darum versuche sie, die Gewerkschaftsführer zu bewegen, sich an die Spitze zu stellen. Die meisten natürlich ablehnen, eine Sache zu übernehmen, die sie nicht veranlaßt hätten und deren Ausgang durchaus nicht zweifelhaft war.

Inzwischen sind die neuen Löhne für den Bergbau herausgekommen, die gegen die bisherigen Löhne eine wesentliche Verbesserung für Oberschlesien bedeuten. Das führte zu einer Spaltung in der Streikleitung. Ein Teil ist mit dem Gebotenen zufrieden, der andere will weiterstreiken. Der kommunistische Wandertreibler Markgraf soll sich für Aufnahme der Arbeit ausgesprochen haben. Inzwischen sind heute morgen schon ein großer Teil der Bergleute wieder eingefahren. Man kann sagen: der Streik ist schon zusammengebrochen.

Damit ist aber das Trauerspiel für die Arbeiter nicht beendet. Die Drahtzieher der Bewegung freilich werden sich bald unsichtbar machen. Das sind ohnehin zum größten Teil landfremde Leute. Aber die ansässigen Arbeiter müssen bleiben. Sie werden vor den Wertoren stehen. Und die Industriellen werden eine böse Aufgabe vornehmen, wenn die Gewerkschaften nicht beigeiten sich energisch dagegen stemmen. Tausende werden auf Pfahle steigen, und damit ist die industrielle Refektorarmee geschaffen, die die obererschlesischen Werkherren brauchen. Und was das traurigste ist: Das Vertrauen in die Organisationen ist auch wieder erschüttert. Aber es kann wieder hergestellt werden, wenn die Organisationen jetzt die Lüge erschaffen. Es wird endlich Zeit, daß man die Löhne den Schwankungen auf dem Wirtschaftsmarkt elastischer anpaßt. Dazu muß von allen Arbeiterorganisationen ein gemeinsames und energisches Drück auf die Regierung ausgeübt werden. Sofort, ohne Aufschub.

Karl Dronski, M. d. R., Hindenburg.

Beunruhigung unter den Gemeindefacharbeitern.

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden neuen Lohnverhandlungen und die außerordentliche Preissteigerung der letzten Tage hat der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Bund sich am Dienstag an den Magistrat gewandt mit dem Ersuchen, die feinerzeit gegebenen Vorschläge vorläufig nicht in Abzug zu bringen. Wie wir erfahren, hat der Magistrat diesem Ersuchen nicht stattgegeben. Infolgedessen hat sich der Belegschaften in den Gemeindebetrieben eine große Unruhe bemächtigt, die durchaus begründet ist. Die neuen Lohnverhandlungen finden erst Anfang nächster Woche statt. Die Notlage unter den Gemeinde- und Staatsarbeitern, die mit ihren Löhnen sehr in Rückstand gekommen sind, ist unbestreitbar. Es muß unbedingt ein Weg gefunden werden, um den durchaus berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen.

Vertretertag des A.D.S.

Am Sonnabend fand der diesjährige Vertretertag des Ortsausschusses Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes statt. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß der Ortsausschuß im abgelaufenen Geschäftsjahr eine rege Tätigkeit auf allen Gebieten, die Beamteninteressen betreffen, entfaltet hat. Insbesondere ist es gelungen, das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Mitgliedern wesentlich zu vertiefen, sowie auch die Zusammenarbeit mit den Seilgenorganisationen der Angestellten und Arbeiter zu fördern. Wenn trotzdem die Tätigkeit noch gewissen Hemmungen unterlag, so war das zurückzuführen vor allem auch auf das Fehlen einer endgültigen Satzung. Dem Geschäftsbericht folgte der Rollenbericht, der eine durchaus zufriedenstellende finanzielle Entwicklung zeigt. Beide Berichte

wurde ohne Diskussion einstimmig genehmigt und nach der darauf folgenden Satzungsbekanntmachung die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen.

Mit dem Scheiden des bisherigen Vorsitzenden aus Berlin ist ein Wechsel in der Geschäftsführung verbunden, welche der nunmehrige 1. Vorsitzende Köpcke übernommen hat. Alle Aufsichtsratsmitglieder an den Ortsausschuß Groß-Berlin des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes sind daher in Zukunft zu richten nach: Berlin NW, Weststr. 7. Am Sonntag folgte eine Vertretertagung des Provinzialausschusses Brandenburg. Eingeleitet wurde diese durch eine Funktionär-Berathung, in welcher der 1. Bundesvorsitzende Falkenberg referierte über „Warum U.D.S.-Bewegung? Warum U.D.S.-Politik?“. In der Nachmittagsitzung wurde ebenfalls die Satzung beraten sowie auch die Vorstandswahl vorgenommen. Hierbei wurde die Vertretung von Kollegen aus allen Ortsgruppen im Provinzialausschuß bezüglich der Befolgungsangelegenheiten gesichert. Auch diese Tagung hat gezeigt, wie fest der U.D.S.-Gedanke bereits in der breiten Masse der Beamtenschaft wurzelt.

Lohnregelung der Hausmeister.

Die Mitglieder des Deutschen Vertreterverbandes (Sektion 7 des Deutschen Verkehrsverbundes) waren am Dienstagabend zahlreich in den „Sophien-Sälen“ versammelt, um das neue Lohnabkommen für Juni entgegenzunehmen. Nachdem ein Vertreter der „Vollstättigen“ ein beachtenswertes Referat über Zweck und Ziel dieser Organisation gehalten hatte, gab Branchenleiter Riemppin einen kurzen Bericht von der Generaterversammlung des Deutschen Verkehrsverbundes. Sektionsleiter Leube schilderte dann den Gang der Lohnverhandlungen. Am 6. Juni wurde vom Schlichtungsausschuß ein Schiedspruch gefällt, wonach sich die Löhne im Durchschnitt um 80 Proz. erhöhen. Dieser Spruch ist unbefristet und hat Wirkung ab 1. Juni. Im übrigen ist der Schlichtungsausschuß erneut angerufen worden, so daß die Verhandlungen zwecks neuer Lohnregelung bald wieder stattfinden werden.

In der Diskussion wurde vielfach die Meinung laut, daß diese Löhne nicht in der Lage sind, das Existenzminimum eines Arbeiterhaushaltes zu befriedigen. Da aber neue Verhandlungen bessere Löhne schaffen werden, nehme man das Lohnabkommen an. Es erhalten: Hausmeister 134 000 M., Hauswarte 126 000 M., Hausaufseher 116 000 M., Fahrstuhlführer 126 000 M., Fahrstuhlführerinnen 110 000 M., Fahrstuhlführer 126 000 M., Niederdruckheizer 134 000 M., Hochdruckheizer 150 000 M., Maschinisten 150 000 M., Schlosser 150 000 M., Heizungsmonitore 150 000 M., Bäcker 126 000 M., Hofreiner 110 000 M., Hilfsarbeiter 110 000 M., Wochenlohn und Reinemachefrauen 1500 M. pro Stunde.

Wirtschaft

Ungeheure Verteuerung des Leders. Unter den Waren des täglichen Bedarfs, deren Preise am meisten dem Dollar folgen, ist das Leder mit an erster Stelle. Vom Januar bis Juni stieg 1 Kilogramm Zehn-Bucheleber von 7000 bis 8500 M. auf 55 000 bis 70 000 M., 1 Kilogramm Wild-Bucheleber von 5200 bis 6500 M. auf 48 000 bis 73 000 M. In seiner Preisbildung paßt sich das Leder den Preisen der Häute an, die vom Weltmarkt bestimmt werden, auch wenn diese Häute aus inländischen Schlachtungen gewonnen wurden. Die Folge ist eine gewaltige Verteuerung aller Schuhwaren, die nur dadurch im Preisauflage etwas aufgehalten werden, daß die Kaufkraft der Bevölkerung mit dieser Verteuerung nicht Schritt hält, so daß bei einer Ueberspannung der Preise immer eine Stodung des Absatzes zu befürchten ist. Immerhin schnellten auch die Preise der Schuhwaren rasch in die Höhe. Schlimmer aber ist noch, daß die Schuhreparaturen für breite Bevölkerungsschichten gerade zu unerträglich werden. Der Verband der selbständigen Schuhmacher des Stadtkreises Berlin hat keine Rücksicht für Maßschuhwaren und Reparaturen wiederum erhöht. Ein Paar Herrenschuhe und Abzüge genügt kosten jetzt 50 667 M.

Stiegende Ausfuhr nach Deutschland. Wie die russische Telegraphenagentur mitteilt, betrug die Einfuhr der Sowjetrepubliken von Oktober 1922 bis März 1923 im Gewicht 34 Millionen Pud, die Ausfuhr 34,9 Millionen Pud. Der Wert der Einfuhr überwiegt den der Ausfuhr um 62 000 Goldrubel. Die Ausfuhr nach England und Deutschland entwickelte sich schneller als die Einfuhr aus diesen Ländern. Die englische Einfuhr sei im Jahre 1922 im Vergleich zum Jahre 1921 um 216 Proz. gestiegen, die Ausfuhr nach England sei auf das 314fache gestiegen. Die Einfuhr aus Deutschland sei um 38 Proz., die Ausfuhr nach Deutschland auf das Dreizehnfache gestiegen.

Die Welterzeugung an Zucker ist im letzten Jahre wieder etwas gestiegen; sie wird nunmehr auf rund 361 Millionen Zentner erreicht, gegen 356 und 337 Millionen Zentner in den beiden vorangegangenen Betriebsjahren.

Verantwortlich für Politik: Helmut Schiffl, Berlin; Wirtschaft: Heinz Grottelmann, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner, Berlin; Funktionär: R. S. Wölke, Berlin-Wilmersdorf; Politik und Sonstiges: Willig Müllers, Berlin-Pankow; Anzeigen: H. Glöde, Berlin.

Verlag: Bornträger-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornträger-Verlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

Preiswertes Angebot!
Engl. Leder-Manchester-Arbeits-Gestreifte
Hosen
Knaben-Stoff- u. Wasch-Anzüge
auch einzelne Knaben-Hosen
München-Gladh. Hosen-Zentrale
NW. 87, Beusselstr. 49, Blauer Laden, am Ringbahnhof Beusselstr.
Fahrtvergütung!

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kammygarn, Covercoats, Tuche, moderne Streifen, Vellé, Musseline usw.
Kleider- u. Jutler-Seiden
schwarz und farbig.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Alle Seifenhändler
decken ihren Bedarf in Toiletenseifen, in Kernseifen, Seifenpulver usw. im Seifenlager
Emerich A. Salgo,
N 84, Lothelager Str. 38, Hof
Fernsprecher: Norden 1976

Zahngelisse
auch zerbrochene per Zahn 8500-150000 Mk.
Gold-, Silber-, Platin- und Brillanten u. Edelsteine
kauft zu höchsten Taktskursen
Edelmetalleverwertung Hiesiger
C., Roßstr. 8

Fahrtvergütung!

Wer klug ist, legt sein wertloses Geld in Ware an!

Noch gebe ich

Anzüge, Schlüpfjer, Gummimäntel, Hosen

Jünglings-Sport-Anzüge

in reicher Auswahl zu billigen Preisen, soweit Vorrat reicht!

Geschäftszeit: 9-1, 3-6

Hugo Simon Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 133
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend, da Fahrtvergütung!

Restehändig. Haarpuder
Goldstr. 2
Bettin- u. Bismarckstr.
Seiden, Samt,
sämtliche Futtermittel
bedeutend unter Preis

Zeitungsblätter
gebünd. kg 500.
Saus- Wein-
Lumpen Resten
5000 Preise
Neukölln
12. 178
Vingelg. Reinboden
Fernspr. Nord 281.
Kaufen Sie jetzt Pelze
Zahlungs-
erleichterung!
ABUCCO
Lalpalzer Str. 58

Buchh. Vorwärts
Berlin SW. Lindenstr. 2

Sonntage eines Großstädters in der Natur
Von Kurt Grottelwitz
Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche
Preis-Grundzahl gebund. M. 1.-
broch. M. 0.50